

Bürgerbeteiligung in Dinslaken unerwünscht?

Viele Bürger*innen wünschen sich ein naturnahes Erholungsgebiet....

Nach der umstrittenen Schließung des Hiesfelder Freibades, muss entschieden werden, wie das ehemalige Freibad-Gelände in Zukunft genutzt werden soll. Um das zu klären, entschied sich der Rat der Stadt Dinslaken für ein Bürgerbeteiligungsverfahren, an dem sich viele Bürger*innen, Vereine und Verbände, wie der Mühlenverein und der BUND als Umwelt- und Naturschutzverband mit großem Engagement beteiligten. Die DIN FLEG führte das Beteiligungsverfahren vorbildlich und mit erheblichen Aufwand durch. Mit Erfolg. Am Ende eines langen Prozesses lag ein Konzept vor, dass von allen Beteiligten für gut befunden wurde: Die Hiesfelder Bürger*innen konnten sich auf ein naturnahes Erholungsgebiet freuen – in Zeiten der Klimakrise ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Grün in der Stadt, das in Hitzesommern für etwas angenehmere Temperaturen sorgt.

...doch nun soll alles anders kommen – Bürgerbeteiligung unerwünscht?

Doch CDU, SPD und UBV haben plötzlich ganz andere Pläne, wie das ehemalige Freibadgelände zukünftig genutzt werden soll. Günther Rinke, Vorsitzender der Kreisgruppe Wesel, erklärt: „Diese drei Parteien zerstören damit das Vertrauen all derjenigen Bürger*innen, Vereine und Verbände in die Versprechen der Dinslakener Politik, die sich im Beteiligungsprozess engagiert haben. Da frage ich mich, ob die Verantwortlichen in diesen Parteien ernsthaft glauben, dass sich in Zukunft noch irgendein Bürger in Dinslaken an vergleichbaren Projekten beteiligen wird?“ Es wird der Eindruck vermittelt, so Rinke, „dass sich die Bürger aus der Politik heraushalten sollen.“

Nach weiterem Extremsommer mit Dürre, hohen Temperaturen und vielen Hitzetoten: Jetzt vorgestellte Pläne sind nicht zukunftsgerecht

Tomas Cabral vom BUND erläutert: „Statt eines naturnahen Erholungsgebiets soll nun ein Vergnügungspark gebaut werden. Die Finanzierungsprobleme für die Gestaltung und Pflege eines naturnahen Erholungsgebietes scheinen mir vorgeschoben. Mit etwas Mühe ist es sicher möglich, Fördergelder für Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität und/oder Abmilderung von Klimawandelfolgen nach Dinslaken zu holen.“

Tomás Cabral führt weiter aus: „Parkähnliche Grünflächen mit Baumbestand dienen nicht nur der Luftverbesserung, sie tragen durch Verdunstung und Verschattung maßgeblich zur Abkühlung in der Umgebung bei und halten Wasser im Boden. Ein Vergnügungspark bewirkt in allen Punkten das Gegenteil. Laut Statistischem Bundesamt hatten wir im Juli in Deutschland mehrere Tausend Hitzetote. Wann, wenn nicht jetzt, wollen die Verantwortlichen im Rat der Stadt Dinslaken bei ihren Entscheidungen die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise - in der wir uns längst befinden - berücksichtigen?“

Fazit: Förderung von Kommerz, Natur und Klima haben mal wieder das Nachsehen

CDU, SPD und UBV hinterlassen für den BUND den Eindruck, dass ihnen die Entwicklung von Naturflächen in Dinslaken selbst dann, wenn der Rotbach austrocknet und die Stadt sich zusehends aufheizt, offensichtlich unwichtig ist. Sie scheinen lieber der Versiegelung von weiteren Flächen Vorrang einzuräumen.

Der BUND fordert die drei genannten Parteien auf, ihre Position dringend zu überprüfen und sich nicht gegen das von den Bürger*innen mitgestaltete Konzept für das ehemalige Freibadgelände zu wenden.

Kontakt:

BUND Kreisgruppe Wesel – Günther Rinke, Tomás Cabral - bundkgwesel@bund-wesel.de